

verlassen, imstande zu sein, die Bewegungen zu regulieren, mit denen die in ihrem Lebensnerv getroffene Masse antworten wird. Ist der Staat, in dem wir leben, wirklich so stabil, daß es vom sozialen Standpunkt aus nicht sehr gefährlich wäre, sich in ein solch zweifelhaftes Abenteuer zu stürzen?« Die vorstehende Meinung des Herrn Duchemin enthält, so bemerkt dazu die Kölnische Volkszeitung, der wir dieses Zitat entnehmen, viele Gesichtspunkte, die Allgemeingültigkeit beanspruchen können. Es ist nicht zu verkennen, daß in Konsequenz der ausgezeigten Beweisführung die Abwertungspropagandisten, die es in Frankreich, Holland, der Schweiz zumal immer noch gibt, sich mit Recht sagen lassen müssen, daß, außen- und innenwirtschaftlich gesehen, ihre Argumente stumpf geworden sind. In einem Punkt aber darf man ihnen wohl recht geben, nämlich wenn sie betonen, daß die Ungleichheit der Währungsgrundlagen ein bleibendes Hemmnis für den Aufschwung des internationalen Güteraustausches sein wird. Eine Gefundung des Welthandels setzt in jedem Falle feste Paritäten zwischen den Hauptwährungsländern voraus. Es wäre deshalb nur zu hoffen, daß der von der Abwertungspropaganda in den genannten Ländern ausgelöste Druck nicht zu neuen Sonderaktionen einzelner Staaten und damit zu einer Verschärfung des Währungschaos mit allen seinen gefährlichen Folgen für die Gestaltung der Weltwirtschaft führt, sondern vielmehr Einsicht und Verständigungsbereitschaft für eine Stabilisierung beschleunigen hilft. An einer solchen Neuordnung und der davon zu erhoffenden Erleichterung des internationalen Zahlungsverkehrs ist ja auch der Buchhandel interessiert, nicht nur um seiner eingefrorenen Außenstände willen, sondern ganz allgemein, um in größerer Bewegungsfreiheit sich wieder erfolgreicher seinen kulturpolitischen Pionieraufgaben widmen zu können.

Die soeben vom Reichswirtschaftsministerium herausgegebene Jahresübersicht über den Stand der wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands im Jahre 1934 faßt ihr Urteil dahin zusammen:

Ein Welthandel kann auf die Dauer nur zwischen gesunden Volkswirtschaften gedeihen. Innere Gesundung ist daher der erste Beitrag, den jede verantwortliche Regierung für einen neuen Aufbau des Welthandels zu leisten hat. Der zweite Beitrag ist die Sicherung der notwendigen Existenzgrundlage, um die Volkswirtschaft gegen internationale Krisen zu festigen. Das bedeutet nicht Autarkie. Deutschland will und wird nicht autark, nicht selbstgenügsam sein, weil es Anteil haben will an allen Früchten, die die Erde hervorbringt, mit denen unser Land nicht oder minder verschwenderisch ausgestattet ist, und weil eine Einschränkung der Einfuhr auch eine Minderung der Ausfuhr zur Folge hat. Eine starke Ausfuhr braucht Deutschland aber, um seine Arbeiter zu beschäftigen und um seine Schulden sowie seinen Bedarf an Rohstoffen zu bezahlen. Die Durchführung einer solchen Handelspolitik findet aber da ihre Grenzen, wo die Sicherung des Existenzminimums der deutschen Volkswirtschaft in Gefahr geraten würde. Deutschland will unabhängig sein von der Gnade fremder Völker in der Beschaffung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse des Volkes.

Deutschland kann Waren nur einführen, wenn ihm auch seine Waren abgenommen werden. Da der internationale Kreislauf nicht mehr funktionierte, mußte Deutschland von jedem einzelnen Land, das in Deutschland seine Waren absetzen wollte, verlangen, daß es auch der deutschen Ausfuhr zum mindesten im entsprechenden Umfang die Tür öffnete. Mit einer Reihe von Staaten konnten im abgelaufenen Jahre in diesem Geiste Verhandlungen geführt werden, die in fast allen Fällen zu einer erfreulichen Vertiefung und Belebung der gegenseitigen Handelsbeziehungen führten. Die feste Ordnung seines landwirtschaftlichen Marktes setzte Deutschland in die Lage, den Agrarstaaten, die ihrerseits bereit waren, deutsche Erzeugnisse aufzunehmen, den Absatz von Agrarprodukten sicherzustellen, ohne dadurch die deutsche Landwirtschaft zu schädigen. Es seien in diesem Zusammenhang nur die Abkommen mit Holland, Ungarn und Jugoslawien hervorgehoben.

Die Weltwirtschaftskrise fand ihren besonders sichtbaren Ausdruck in den Transferenschwierigkeiten zahlreicher Länder, als deren Folge sich das Gesicht der Handelspolitik wesentlich veränderte. Es genügte nicht mehr, Zollsätze zu binden und vertraglich herabzusetzen oder Kontingente für die Ausfuhr deutscher Waren nach fremden Ländern auszuhandeln, zumal die Bereitwilligkeit der betreffenden Staaten, dies in ausreichendem Umfang zu tun, infolge ihrer protektionistischen Einstellung im allgemeinen nur gering war. Diese auf dem handelspolitischen Gebiete im engeren Sinne liegen-

den Aufgaben mußten eine notwendige Ergänzung insoweit finden, als sich immer dringender das Bedürfnis herausstellte, auch den internationalen Zahlungsverkehr durch zweiseitige Abkommen zu regeln. Denn alle Zollabreden und Kontingentsabmachungen mußten bedeutungslos bleiben, wenn es nicht möglich war, die aus- oder einzuführenden Waren zu bezahlen und die entsprechenden Beträge zu transferieren. So gewann die Devisenpolitik mehr und mehr an Einfluß auf die Handelspolitik.

Diese Entwicklung, die in ihren Anfängen bereits einige Jahre zurückgeht, hat sich im Verlaufe des Jahres 1934 weiter fortgebildet. Das erste Stadium des Versuches auf diesem Gebiet ist bereits überwunden. Trotzdem kann man noch nicht von Stabilität sprechen, da insbesondere die autonomen Maßnahmen der einzelnen Länder noch einem allzu starken Wechsel unterworfen sind. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, in diese Verhältnisse eine größere Stetigkeit und eine wachsende Übereinstimmung der Auffassungen der beteiligten Regierungen zu bringen. Erfreulicherweise ist es bereits wieder möglich, Abkommen nicht nur für ganz kurze Fristen, sondern für etwas längere Zeiträume zu schließen.

Auch hier kommt bei aller Anerkennung der immer noch vorhandenen Schwierigkeiten doch eine zuversichtlich hoffnungsvolle Auffassung der Lage zum Ausdruck. Das gilt nicht minder für die üblichen Konjunkturberichte aus dem letzten Monat, wie sie insbesondere üblicherweise in den Berichten der Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Wirtschaftsverbänden vorliegen. Der Berichtsmonat stand im Zeichen des Weihnachtsgeschäftes. Das Weihnachtsgeschäft hat die Erwartungen des Einzelhandels im allgemeinen durchaus erfüllt. Die im Vorjahr erzielten Umsätze wurden im allgemeinen erreicht, teilweise sogar überschritten. Der Geschäftsverkehr war an den offenen Sonntagen überaus lebhaft. Infolge der ungewöhnlich milden Witterung war die Nachfrage nach Winterware gering. Teilweise wirkte sich auch die in den Vormonaten erfolgte starke Bedarfsdeckung der Verbraucher nachteilig aus. Allgemein war eine Abkehr des Publikums von der billigen zur mittleren und besseren Qualität festzustellen. Die Preise waren unverändert.

Aus dem Buchgewerbe liegen anläßlich des Jahreswechsels, der üblicherweise benutzt wird, um allgemein Bilanz zu ziehen, zahlreiche Stimmen vor, die zum Teil nicht sonderlich befriedigt lauten. Das Buchgewerbe gehört, wie die Frankfurter Zeitung bei dieser Gelegenheit bemerkte, zu den Wirtschaftszweigen, die von der allgemeinen Zunahme der Beschäftigung erst sehr wenig verspürt haben. Das Buchdruckgewerbe liegt gewissermaßen »im Konjunkturschatten«. Dies hat, wie bekannt, eine Reihe von Ursachen; die Frankfurter Zeitung erinnert an die Neuordnung der wirtschaftlichen und sonstigen Organisationen, durch die auch die Zahl der Fachzeitschriften erheblich vermindert wurde, ferner an die Entwicklung im Zeitungsweisen und schließlich noch an die Beschränkung des Zugangs zu den Hochschulen, die u. a. auch einen erheblichen Absatzausfall an wissenschaftlichen Werken zur Folge gehabt hat. In einem Jahresrückblick in der »Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker« stellt Dr. Reinhold Krüger fest, das graphische Gewerbe sei in der unglücklichen Lage, daß es nicht nur den vollen Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise auszuhalten habe, sondern daß sich außerdem die Umwälzungen von 1933 zu seinem Nachteil auswirkten. Während von November 1933 bis November 1934 die gesamte Arbeitslosigkeit um 36,4 Prozent zurückging, verminderte sich von Januar bis Oktober 1934 die Zahl der erwerbslosen Buchdrucker nur auf 24 700 (27 700). Beispielsweise waren im Oktober von den der Reichsbetriebsgemeinschaft »Druck« angeschlossenen Arbeitskräften noch arbeitslos: bei den Lithographen 28,3 Prozent, Handsetzern 25,2, Druckern 23,8, Schriftgießern 21,0 Prozent, im Gesamtdurchschnitt aller Sparten noch 21,8 Prozent. Die erfolgte Verminderung der Arbeitslosigkeit sei auf Neueinstellungen in Druckereien, ferner auf Arbeitsplatz austausch, Arbeitsdienst und Überführung in andere Berufe zurückzuführen. Im Druckgewerbe sei, so heißt es in der erwähnten Darstellung, ein offensichtlicher Notstand vorhanden; nur eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung werde hier wirksame Abhilfe bringen können. Das Beispiel des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, der die Städte zur Auffüllung der Stadt- und Schulbibliotheken ermahnte, sei richtunggebend. Das Buchgewerbe findet also schon Unterstützung. Wenn wir richtig unterrichtet sind, wird auch noch mehr geschehen. Den erwähnten Kammerberichten ist im übrigen für den Dezember 1934 zu ent-